

## **ÄNDERUNGSANTRAG**

**der Fraktion der CDU**

**zu der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (4. Ausschuss)**  
**- Drucksache 8/804 -**

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung**  
**- Drucksache 8/600 -**

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes  
Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 (Haushalts-  
gesetz 2022/2023)**

**und der Unterrichtung durch die Landesregierung**  
**- Drucksache 8/598 -**

**Mittelfristige Finanzplanung des Landes  
Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung**

**hier: Einzelplan 04**  
**Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres, Bau und Digitalisierung**

Der Landtag möge beschließen:

1. In Kapitel 0406            Polizei  
   Titel 422.01            Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und  
                                  Beamten

wird der Ansatz für das Jahr 2023

von            268 126,3 TEUR  
um            5 889,9 TEUR  
auf            274 016,2 TEUR

zur Ausbringung von einer Planstelle der Besoldungsgruppe A15, von zwei Planstellen der Besoldungsgruppe A14, von neun Planstellen der Besoldungsgruppe A13, von 21 Planstellen der Besoldungsgruppe A12, von 40 Planstellen der Besoldungsgruppe A11, von 18 Planstellen der Besoldungsgruppe A10 und von neun Planstellen der Besoldungsgruppe A9E erhöht.

2. Zur Deckung der Mehrausgaben wird der Haushaltsansatz in

Einzelplan 11	Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1108	Verstärkungsmittel
Titel 461.01	Zentral veranschlagte Personalausgaben

für das Jahr 2023 in gleicher Höhe gesenkt.

**Franz-Robert Liskow und Fraktion**

**Begründung:**

Neben der Fortführung des in der letzten Legislaturperiode beschlossenen Paktes für Sicherheit und der Besetzung der darin vereinbarten rund 6 200 Stellen für die Polizei trotz der vielen durch Altersabgänge freiwerdenden Stellen gilt es, auch die Kriminalpolizei für neue und zukünftige Herausforderung sachgerecht aufzustellen und auszustatten.

Während in einigen Kriminalitätsbereichen ein moderater Rückgang der bekanntwerdenden Fallzahlen zu verzeichnen ist, sind insbesondere bei Internet- und Cyberkriminalität sowie Kinderpornografie stark steigenden Fallzahlen festzustellen. Hinzu kommen ein steigender Aufwand für Vermittlungserfahren beispielsweise im Bereich Rechts- und Linksextremismus sowie Wirtschaftskriminalität.

Um den aktuellen und künftigen Herausforderungen insbesondere bei Internet- und Cyberkriminalität sowie Kinderpornografie, aber auch allen anderen Kriminalitätsbereichen gerecht werden zu können, muss neben der Schutzpolizei auch die Kriminalpolizei personell erheblich verstärkt werden. Daher werden 100 zusätzliche Stellen für die Landeskriminalpolizei ausgebracht.